

Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

22./23.10.2011

Woche**n**endseminar Kinder des Widerstands



Zukunftsentwurf Antifaschismus



Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Kameradinnen und Kameraden,

es gibt immer weniger Menschen, die den deutschen Faschismus selbst erlebt haben. Nach und nach verschwinden die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer. Die zwölf Jahre Nazidiktatur werden damit immer mehr zu Geschichte.

Profiteure und Steigbügelhalter

Unsere Zeitzeugen hinterlassen eine Lücke, die oft genutzt wird um den Widerstand als Tat Einzelner hinzustellen. Insbesondere wird versucht die Profiteure und Steigbügelhalter der Nazis im Dunkel der Geschichte verschwinden zu lassen.

Alle sollen Täter gewesen sein. Damit ist dann auch niemand verantwortlich.

Von heutigen Neonazis wird darüber hinaus versucht aus Tätern Opfer zu machen. Sie reißen Ereignisse aus dem Zusammenhang um sich selbst als Opfer darzustellen. Ein bekanntes Beispiel ist die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten. Alljährlich im Februar – ihrem Auftrieb in Dresden – versuchen die Neonazis einen Gedenktag für die Opfer der Alliierten zu platzieren. Sie lassen dabei völlig unter den

Tisch fallen, dass ohne den durch den deutschen Faschismus angezettelten Raubkrieg es erst gar keine Opfer gegeben hätte.

Die Verantwortung für diese vielen Toten und Verletzten nicht nur in Dresden hat also ganz allein der deutsche Faschismus.

Bedrohung durch Gewalt

In unserem Leben hat es in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen gegeben. Das soziale Klima wird heute dadurch geprägt, dass es nicht mehr viel zu gewinnen, jedoch viel zu verlieren gibt.

Die Bedrohung durch Gewalt ist allgegenwärtig und umgibt uns in unserem Alltag. Zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein und einem oder mehreren aggressiv aufgeladenen Menschen in die Quere zu kommen kann genügen, sein Leben zu lassen. Reale Quelle der Gewalt sind jedoch nicht nur marodierende Jugendliche in der U-Bahn, nicht nur mordende Rechtsradikale oder desorientierte Amokläufer: Gewalt ist in ihrer strukturellen Gestalt allgegenwärtig:

Als die Gewalt der Kapitalentscheider, die um des Profits willens mit einem Federstrich Betriebe schließen und dabei zehntausende Existenzen aus der Bahn werfen; Sie wird hautnah von den Opfern betrieblicher Rationalisierungsprozesse erlebt, die ihre Arbeit verlieren und an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden.

Insbesondere Jugendliche haben es heute immer schwerer geregelte Arbeit zu finden. „Generation Praktikum“ hat sich dafür als Begriff geprägt.

Stigmatisierung von Fremden und gesellschaftlichen Außenseitern

Die Verweigerung einer sinnvollen Beschäftigung ist eine Form struktureller Gewalt.

Trotz des immensen Reichtums in unserer Gesellschaft ist unser Leben wesentlich unsicherer geworden. Bei vielen drückt sich das durch ein Bedürfnis nach Abgrenzung und Stigmatisierung von Fremden und gesellschaftlichen Außenseitern aus.

Zum Beispiel meinen 50 % der Deutschen, dass „zu viele Ausländer“ im Land sind. Oder 35 % sind der Meinung, dass „Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt“ wer-

den sollten. Knapp 31 % sind der Ansicht, dass es eine „natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern“ gibt.

Mit der Abwertung anderer wird das Recht auf einen gesicherten Platz im Sozialgefüge reklamiert.

Insgesamt starben durch neofaschistische Gewalt von 1990 bis Mitte 2011 in der Bundesrepublik 156 Menschen. Bei einer beträchtlichen Minderheit scheinen die Gewaltexzesse sehr wohl auf Zustimmung zu stoßen. Viele Bundesbürger äußern Verständnis für die rassistische Gewalt wegen der Ausländerfrage. Laut einer EMNID-Umfrage waren das 1991 38 %. Eine grundlegende Veränderung dürfte es bis heute nicht gegeben haben.

Antifaschismus mehr als eine Gegenbewegung

Die VVN-BdA steht für antifaschistische Kontinuität. Sie zieht Lernen aus der Vergangenheit und entwickelt die Vision einer antifaschistischen Zukunft.

Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung und ist für eine Welt ohne Rassismus, Nazismus und Militarismus, ohne Ausgrenzung, ohne Faschismus und Krieg.

Kinder des Widerstandes

In drei Arbeitsgruppen leistet das Seminar „Kinder des Widerstandes“ der VVN Nordrhein-Westfalen einen spezifischen Beitrag zum Zukunftsentwurf Antifaschismus.

▼ Die Arbeitsgruppe „Kinder und Enkelkinder des Widerstandes“ setzte sich mit den oft traumatischen Erlebnissen der Angehörigen der Widerständlerinnen auseinander die zum Teil bis heute nachwirken.

▼ Eine weitere Arbeitsgruppe befasste sich mit der „Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in Nordrhein-Westfalen.“

▼ Die dritte Arbeitsgruppe setzte sich mit der „Arbeit in antifaschistischen Bündnisse gegen neofaschistische Attacken“ auseinander.

Wir hoffen, dass das Seminar einen Beitrag dazu leistet, die Neonazis weiter zurückzudrängen.

Ulrike Düwel, Falk Mikosch, Jochen Vogel
Landesprecherin und Landessprecher der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen

Arbeitsgruppe 1

Kinder und Enkelkinder des Widerstands

Bei den Kindern und Enkelkindern des Widerstands handelt es sich um die zweite und dritte Opfergeneration. Es sind die Nachkommen von zumeist politisch Verfolgten und Widerstandskämpfern. Viele von ihnen litten unter den Maßnahmen, die gegen ihre Eltern ergriffen wurden. Sie kamen als Kinder in Nazi-Familien zur „Umerziehung“, wurden in den Schulen diskriminiert oder in Heime gesperrt. Vier Töchter antifaschistischer Widerstandskämpfer haben sich mit dem Appell „Hinterbliebene von NS-Opfern fordern ihr Recht“ an die Öffentlichkeit gewandt.



Wiedergutmachung und Rehabilitation

Die Forderung nach Wiedergutmachung und Rehabilitation sieht sehr unterschiedlich aus. Wer aus einer Familie kam, in dem die Erwachsenen sowohl unter Hitler wie unter Adenauer politisch verfolgt wurden, die/der hatte oft direkt materielle Nachteile, denn den Eltern wurden

die Entschädigungen zum Teil wieder aberkannt. Es geht aber nicht nur um materielle Nachteile; der Widerstand der Eltern wurde nicht anerkannt, das heißt die Kinder waren weiterhin Außenseiter.

Die Forderung richte sich zunächst an die Öffentlichkeit und die Medien. In vielen europäischen Ländern gibt es Organisationen der „Kinder des Holocaust“. In Deutschland gibt es das nicht. Die „Kinder des Widerstandes“ sind kein Thema. Das liegt auch daran, dass wir lange geschwiegen haben. Das wollen wir ändern.

Bundeskongress der VVN-BdA hat sich Forderungen angeschlossen

Der Bundeskongress der VVN-BdA im April in Berlin hat sich einstimmig unseren Forderungen angeschlossen. Es sollen Treffen von Opfern der Kinder- und Enkelgeneration stattfinden. Dort werden wir uns weiter austauschen. Alarmiert hat uns jetzt ganz aktuell die Tatsache, dass in Bayern vom Innenminister ein Portal gegen Linksextremismus ins Netz gestellt wurde, mit dem Opfer des Faschismus und damit ihre Hinterbliebenen an den Pranger gestellt werden sollen. Die VVN-BdA in Bayern und in Rheinland-Pfalz soll die Gemeinnützigkeit verlieren. Dagegen müssen wir uns wehren.

Wichtig sind auch die Freundeskreise von Gedenkstätten, denn dort besteht leider die Tendenz, die Hinterbliebenen aus der Gedenkarbeit auszugrenzen. Wir lassen uns aber nicht beiseite schieben.

Das jüdische Kind Alice Czyborra zum Beispiel konnte nur überleben, weil sie mutige Menschen in Frankreich versteckten, während ihre Eltern im Widerstand waren. Nach dem Krieg wurde ihrer Familie als ehemalige Emigranten viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt. Mit dem Kalten Krieg waren die Familien der Kinder des Widerstandes oft erneut von Verfolgung betroffen.

Viele Betroffene Kinder und Jugendliche

In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit aus Wirtschaft, Militär und dem Staats- und Terrorapparat des Naziregimes, darunter Justiz, Gesundheitswesen, Polizei und Geheimdienste, wieder Einfluss gewinnen und weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen. Ärzte aus der Nazi-Zeit wurden als Gutachter eingesetzt, um die Entschädigungsrechte der oft politisch, rassistisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen. Ehemalige Gestapobeamtinnen fanden in der Polizei der BRD wieder Verwendung, und man setzte sie auch ein, um die demokratischen Rechte der Verfolgten erneut anzutasten.

Organisationsverbote führten zur Bestrafung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, während Naziorganisationen wie die NPD sich ungehindert entfalten konnten. Berufsverbote wurden gegen die Kinder von Antifaschisten ausgesprochen, und ihr Versammlungsrecht wurde eingeschränkt.

Weitere Vorschläge aus der Arbeitsgruppe:

- ▼ Klärung des Begriffes: Kinder des Widerstands/ Kinder und Enkelkinder des Widerstands/ 2.+3. Generation von Verfolgten.
- ▼ Gründung einer Arbeitsgruppe in der VVN-BdA-NRW, um unser Anliegen zu vertreten.

Öffentlichkeitsarbeit (konkret)

- ▼ Ausarbeitung eines Fragebogens an Hinterbliebene
- ▼ Interviews auf Grundlage des Fragebogens an Hinterbliebene
- ▼ Evtl. Buchprojekt

Einmischung als Gruppe

- ▼ Veröffentlichungen in der ANTIFA und anderen Zeitungen
- ▼ Richtigstellungen, Leserbriefe
- ▼ Teilnahme an Geschichtsaufarbeitung
- ▼ Einmischung in Gedenkstättenarbeit
- ▼ Mitarbeit auf Bundesebene und Organisationen, die sich mit dem Thema befassen

Arbeit der Kreisverbände

- ▼ Suche nach Kindern und Enkelkindern von Verfolgten in den Kreisen
- ▼ Kreisversammlungen zum Thema 2. u. 3. Generation

Öffentlichkeitsarbeit (Allgemein)

- ▼ Erfahrungen/ Erlebnisse übertragen in die Gegenwart
- ▼ in Schulen gehen (Schüler ab 10 Jahre)
- ▼ in Jugendeinrichtungen, Kirchengemeinden, Bürgervereine, Vereine. Frage ist: können wir Zeitzeugenersatz sein?
- ▼ Erzählcafés

Alternative Stadtführungen

- ▼ Vereinbarungen
- ▼ Regelmäßiges Treffen des Arbeitskreises in NRW

Die „Kinder des Widerstands“

Lebensbedingungen und Sozialisation der Kinder von politisch und religiös Verfolgten des NS-Regimes

Mit dem Begriff „Kinder des Widerstands“ werden junge Menschen bezeichnet, die zum Zeitpunkt der Verfolgung ihrer Eltern in der NS-Zeit im Kindes- und Jugendalter waren. Dies umfasst im Wesentlichen die Jahrgänge von 1913 bis 1937. Es waren nicht nur Personen miteinbezogen, die während der NS-Zeit ermordet oder inhaftiert wurden, sondern auch diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Haltung nach 1933 ihren Arbeitsplatz verloren oder zeitweise unter Beobachtung der Gestapo standen wie Angehörige der Bekennenden Kirche oder ehemalige Funktionäre der SPD. Es handelt sich also auch um Personen, die eine oppositionelle Haltung gegenüber dem NS-Regime hatten, aber nicht direkt an Widerstandsaktionen beteiligt waren.

Wuppertal als Untersuchungsort besonders gut geeignet

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden in Wuppertal, zum ersten Mal flächendeckend für eine deutsche Großstadt, die Strukturen des Widerstands gegen den NS-Staat rekonstruiert.

In zweifacher Hinsicht hatte die Stadt eine symbolhafte Bedeutung für den Widerstand. Die „Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse“, in deren Vorfeld 1935 ca. 1200 Menschen verhaftet und 628 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, erlangten eine große internationale Beachtung. Französische und niederländische Gewerkschafterdelegationen besuchten die Verhandlungen im Wuppertaler Landgericht und der Internationale Gewerkschaftsbund protestierte gegen die Prozesse.

Die „Barmer Theologische Erklärung“, die Ende Mai 1934 verabschiedet wurde, war eines der grundlegenden Dokumente der Bekennenden Kirche.

Gleichzeitig war Wuppertal aber auch schon seit den 20er Jahren eine Hochburg der NSDAP. Ab 1930 war hier der Schauplatz erbitterter Straßenkämpfe zwischen der SA und den Kampforganisationen der Arbeiterbewegung. Dabei starben auf beiden Seiten mehr als ein Dutzend Menschen.

Der unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 einsetzende „wilde Terror“ der SA gegen Regimegegner war besonders bestialisch. Dreißig Personen wurden in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft von SA-Kommandos zum Teil auf offener Straße ermordet.

Im Juli 1933 wurde Willy Veller, einer der berühmtesten SA-Schläger zum kommissarischen Polizeipräsidenten ernannt. Unter Vellers Lei-

tung entstand in Wuppertal das KZ Kemna. Das Ausmaß der brutalen Misshandlungen von Regimegegnern im KZ Kemna ging so weit, dass Ende 1933 staatliche Behörden und Parteidienststellen eingriffen.

Trotz dieses Terrors wurden in Wuppertal 1934 relativ viele illegale Gewerkschaftsgruppen gebildet. Sie umfassten insgesamt 400 Mitglieder. Diese illegalen Gewerkschaftsgruppen stellten die „weitaus größte Einheitsfrontbewegung im Rhein-Ruhrgebiet dar“.

Untersuchung in drei Teilen

Das Forschungsprojekt „Kinder des Widerstands“ gliederte sich in drei Teile:

1. Wieweit waren die Kinder in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht Mitbetroffene und Opfer der gegen ihre Eltern gerichteten Zwangsmaßnahmen staatlicher Stellen und NS-Organisationen?
2. Wie hat sich die Verfolgung der Eltern auf das Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen ausgewirkt? Erlebten sie in der primären Lebenswelt sowie in der Schule und am Arbeitsplatz Diskriminierungen und Ausgrenzungen?
3. Wie die Kinder und Jugendlichen auf diese Erlebnisse reagierten, welche typischen Einstellungs- und Handlungsformen sie gegenüber dem Nationalsozialismus ausbildeten, wie sie diese Erfahrungen verarbeiteten und welche lebenslangen Prägungen sich daraus ergaben.

Darüber hinaus wurde untersucht welches Verhältnis die „Kinder des Widerstands“ in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zur Politik entwickelten.

Kommunistische und sozialistische Milieus wurden gewaltsam zerstört

Durch Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und die anschließende Etablierung der NS-Diktatur hatten sich die Lebens- und Sozialisationsbedingungen der meisten Kinder und Jugendlichen grundlegend verändert.

Die kommunistischen und sozialistischen Milieus wurden gewaltsam zerstört. Hinzu kamen diverse Integrationsangebote des NS-Staates, die Kinder von Kommunisten wie Sozialdemokraten in einen Zwiespalt zwischen dem diktatorischen Regime und der eigenen Familie brachten.

In der Regel waren jedoch auch Kinder von Kommunisten und Sozialdemokraten direkt von den Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes betroffen. Sie wurden für ihre Eltern in „Sippenhaftung“ genommen, und zwar mittels ausgeklügelter Techniken der sozialen Diskriminierung und Stigmatisierung.

Den meisten Widerstandskämpfern war bewusst, dass im Falle einer Verhaftung ihre nächsten Familienangehörigen ebenfalls in die Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes einbezogen würden.

Es spricht vieles dafür, dass das Verantwortungsbewusstsein für die Familie dazu beigetragen hat, nach 1933 das Widerstandspotential zu entschärfen oder abzustumpfen, sodass die Solidaritäten der Nachbarschaft, des Arbeitsplatzes und der politischen Organisationen gegenüber Familienbindungen relativ an Gewicht verloren.

Komplette Information unter:

www.nrw.vvn-bda.de/brosch.htm

Aufruf:

Hinterbliebene von NS-Opfern fordern ihr Recht

Die Töchter von antifaschistischen Widerstandskämpfern Alice Czyborra (Gingold), Traute Sander (Burmester), Inge Trambowski (Kutz) und Klara Tuchscherer (Schabrod) haben sich mit folgendem Text an die Öffentlichkeit gewendet. Die VVN-BdA-Landeskonferenz NRW und der Bundeskongress der VVN-BdA unterstützten ihr Anliegen. Es wird darum gebeten, ebenfalls zuzustimmen, wenn das Anliegen unterstützt wird. Geplant ist ein Offener Brief, mit dem auf die Probleme der 2. und 3. Opfergeneration hingewiesen werden soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 4. November 2009 erklärt: "Angesichts des einzigartigen Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat", sind das Grundgesetz und die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland "geradezu als Gegenentwurf" zum nationalsozialistischen Regime zu verstehen." "Das bewusste Absetzen von der Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus war historisch zentrales Anliegen aller an der Entstehung wie Inkraftsetzung des Grundgesetzes beteiligten Kräfte." (Aus den Leitsätzen zum Beschluss des Ersten Senats vom 04.11.2009 - 1 BvR 2150/08).

Die Gegnerschaft zur Naziherrschaft ist demnach Verfassungsgebot und Staatsdoktrin. Dem sieht sich auch die VVN-BdA verpflichtet. Unsere Organisation ist eine Organisation der Opfer und Hinterbliebenen sowie der nachgewachsenen Generationen von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Diesen Opfern wurde in der genannten Gerichtsentscheidung das Recht auf besonderen Schutz - ihrer Würde und ihrer Unversehrtheit - zugesprochen: Eine "Verletzung der Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft" wird in besonderem Maße verurteilt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde nach 1945 von Überlebenden des Holocaust, von NS-Opfern und Teilnehmern am Antinazi-Widerstandskampf gegründet. Ihre heutigen Mitglieder erklären: Wir, die wir Krieg und Faschismus noch durchlitten haben, aber auch die zweite und dritte Generation und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter, fühlen uns dem Auftrag der Gründer der VVN-BdA und des Grundgesetzes verpflichtet. Seit jüngster Zeit gibt es eine Reihe von Dokumentationen, die belegen, was die VVN seit den 60er Jahren nachgewiesen hat: In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit aus Wirtschaft, Militär und dem Staats- und Terrorapparat des Naziregimes, darunter Justiz, Gesundheitswesen, Polizei und Geheimdienste wieder tätig werden, Einfluss nehmen und dabei weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen.

Gerichte verfolgten Teilnehmer des Arbeiterwiderstandes, vornehmlich des kommunistischen Widerstandes, um sie - auch unter Hinweis auf Vorstrafen aus politischen Prozessen von 1933 bis 1945 - wegen ihrer politischen Tätigkeit erneut einzusperren und ihnen die Rechte auf Entschädigung abzusprechen. Ärzte aus der NS-Zeit wurden als Gutachter einge-

setzt, um die Entschädigungsrechte der oft schwer geschädigten politisch, rassistisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen. Ehemalige Gestapobeamte fanden in der Polizei der BRD wieder Verwendung, und man setzte sie auch ein, um die demokratischen Rechte der Verfolgten erneut anzutasten. Organisationsverbote führten zur Bestrafung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, während Naziorganisationen wie die NPD sich ungehindert entfalten konnten. Berufsverbote wurden gegen die Kinder von Antifaschisten ausgesprochen. Das Versammlungsrecht von Antifaschisten wurde eingeschränkt.

Die VVN-BdA setzt sich dafür ein, dass eine Wiedergutmachung für die so Benachteiligten erfolgen muss. Vor allem geht es um die Rehabilitierung der Opfer. Ende der sechziger Jahre gab es zwar ein Strafrechtsänderungsgesetz, das zahlreichen Verfolgungen ein Ende setzte, eine Rehabilitierung der Betroffenen erfolgte jedoch nicht. Auch die Kinder und Enkel der Betroffenen hatten - infolge der Leiden ihrer Verwandten - mitzuleiden: Denn die Familien der Opfer litten oft materielle Not, die Kinder und Enkel, also die aus der 2. und 3. Generation, waren betroffen von psychischen Schäden und Traumatisierungen, sie waren im Bildungswesen, in Schule und Gesellschaft Diskriminierungen bis hin zu Berufsverboten ausgesetzt. Sie galten als Kinder von "Vorbefragten". Die jetzt bekannt gewordenen personellen Kontinuitäten aus der Zeit vor und nach 1945 müssen zu Konsequenzen führen. Doch die Gelegenheiten, die sich dazu bieten, werden nicht genutzt. Der Umgang des Deutschen Bundestages mit dem Antrag "Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime" (Drucksache 17/2201), eingebracht von der Fraktion DIE LINKE am 16. 6. 2010, ist ein Skandal, ja ein Schlag ins Gesicht der NS-Opfer. Ohne mündliche Aussprache, nur mit schriftlichen Wortbeiträgen, die seitens der CDU, CSU und FDP, aber auch der SPD den Geist der Restauration und des Kalten Krieges atmeten, wurde der Antrag am 11. November 2010 zu später Stunde beerdigt. Die CDU/CSU-Reaktion ist unfassbar und, ähnlich wie bei den vielen Debatten zum Kriegsverrat, sprachlich und argumentativ stark in der Nähe von rechtsextremen Organisationen.

Auch in der Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten für Opfer des NS-Unrechts werden die Vertreter der 2. und 3. Generation oftmals abgewiesen. Man erklärt ihnen ungeschminkt: Euer Anspruch auf Mitsprache in der Gedenkarbeit ist ver-

wirkt. Genugtuung darüber, dass Zeitzeugen sich nicht mehr einmischen können, ist unverkennbar. Doch, wir mischen uns ein.

Die in der VVN-BdA vereinigten Angehörigen der 2. und 3. Generation danken dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte dafür, dass er sich ihrer Sorgen und Nöte angenommen hat. Sie danken den Vertretern der LINKEN und der GRÜNEN, die sich in der schriftlichen Debatte des Bundestages vom 11. 11. 10 vorbildlich verhalten haben. Diese Bemühungen sollten fortgesetzt werden.

<p>Ich unterstütze als Betroffene/Betroffener diese Erklärung von Kindern und Enkeln von NS-Verfolgten und Opfern des Kalten Krieges:</p> <p>Vorname Name:</p> <p>Alter:</p> <p>Beruf:</p> <p>Anschrift: Straße:</p> <p>PLZ/Ort:</p> <p>Telefon:</p> <p>E-Mail-Adresse:</p> <p>Verwandt mit oder Hinterbliebene/r von</p> <p>(muss nicht ausgefüllt werden)</p> <p>Bitte senden an: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Nordrhein-Westfalen Gathe 55 42107 Wuppertal nrw@vvn-bda.de</p>
--

Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in Nordrheinwestfalen

Die VVN-BdA steht vor der Frage ihre Arbeit immer mehr ohne die Zeitzeugen des antifaschistischen Kampfes gestalten zu müssen. Das Seminar „Kinder des Widerstandes“ ist ein Versuch hier Antworten zu finden. Auch auf den Treffen der „zweiten und dritten Generation“ in Berlin und Köln und im Konzept „Zeugen der Zeitzeugen“ wird über diese Frage diskutiert und nach Lösungen gesucht. Verbunden mit dem Verschwinden der aktiven Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer wurde auch der Rolle unseres Verbandes und der Lagergemeinschaften gegenüber den jeweiligen Gedenkstätten thematisiert. Der politische Streit um die sächsische Gedenkstättenstiftung, die die völlige Gleichstellung der „beiden Diktaturen“ propagiert, zeigt auf wo die Reise hingehen kann.

Zukünftige Projekte antifaschistischer Geschichts- und Gedenkstättenpolitik

Grundlage der Diskussion in der Arbeitsgruppe war die Beratung der Geschichts-Arbeitsgemeinschaft des Bundesverbandes, die Anfang Oktober stattgefunden hat.

Einem Auftrag des Bundeskongress folgend, wurde in Kassel über Aufgaben und zukünftige Projekte unserer antifaschistischen Geschichts- und Gedenkstättenpolitik diskutiert.

Die Landesverbände präsentierten ihre Schwerpunkte, wie die Ausstellung

- ▼ „Arbeiterwiderstand“ und
- ▼ „Deutsche Antifaschisten im sowjetischen Exil“

vom Berliner Verband sowie das Projekt

- ▼ „Verbrechen der Wirtschaft“ von Nordrhein-Westfalen und viele andere.

In der Beratung der Arbeitsgemeinschaft wurde deutlich, welches Gewicht die Geschichtsarbeit für die VVN-BdA besitzt und wie viele Erfahrungen in unseren Landesverbänden versammelt sind. Das für die politische Arbeit zu nutzen, ist die Herausforderung für die Zukunft.

Antitotalitarismus auch in Gedenkstätten Nordrhein-Westfalens

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde der Versuch gestartet, den Antitotalitarismus in der Gedenkstättenarbeit durchzusetzen.

Da es an „kommunistischem Unrecht“ in Nordrhein-Westfalen mangelt, ist man dazu übergegangen, das Unrecht an Kommunisten in ein milderes Licht zu tauchen oder einfach ganz zu verschweigen.

Der Gedanke des „Nie wieder“ wird in Frage gestellt. Kapitalismuskritik im Zusammenhang mit Gedenkarbeit wird als „zeittypisch“ für eine überholte Periode der Geschichtsarbeit dargestellt.

Sogar Neuzählungen der Opfer stehen auf dem Programm staatlich

geförderter Gedenkarbeit.

Arbeiterwiderstand weitgehend ausgeblendet

In Essen und Oberhausen wurden die Ausstellungen „Widerstand und Verfolgung in unserer Stadt“ versteckt bzw. ganz abgeschafft. Der Arbeiterwiderstand wurde weitgehend ausgeblendet. Linke und Rechte werden gleichsam als Schuldige am Niedergang von Weimar dargestellt.

Bedenklich ist, dass sich die Antifaschisten der Städte, auch die VVN-BdA kaum gegen die Veränderungen gewehrt haben.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 Gegen die Reinwaschung des Kapitels!

Der Reinwaschung des Kapitels und seiner Rolle 1919 bis 1945 setzen wir nun öffentliches Mahnen durch die Aktion „Verbrechen der Wirtschaft“ entgegen.

Kinder des Widerstandes

Die „Kinder des Widerstandes“ treten als Zeitzeugen in die Fußstapfen ihrer Eltern und Großeltern. Dies soll auch durch Hilfe für den Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte geschehen.

- ▼ Das Konzept „zweite Generation“ soll im Jahr 2012 im Bundesausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Kriegsendphasenverbrechen

Die Todesmärsche und Kriegsendphasenverbrechen im Raum NRW zu erforschen, bleibt unsere Aufgabe.

Buch über die Verbrechen der Wirtschaft

Es wurde darüber informiert, wie der Stand der Arbeiten an dem Buch über die Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr ist.

- ▼ Das NRW-Projekt „Verbrechen der Wirtschaft“ wird so aufbereitet, dass eine Beteiligung für andere Landesverbände und Kreisorganisationen möglich ist.

Archiv „Widerstand und Verfolgung

Der Aufbau des Archivs „Widerstand und Verfolgung an Rhein und Ruhr“ durch unseren Verband wurde hervorgehoben.

Strategien gegenüber den Gedenkstätten

Bezogen auf die Gedenkstättenarbeit wurde vorgeschlagen, Anfang 2012 eine gemeinsame Beratung der VVN-BdA, der Lager(arbeits-) Gemeinschaften mit Bündnispartnern über zukünftige Strategien gegenüber den Gedenkstätten durchzuführen.

Internet noch besser für Geschichtsarbeit nutzen

Der Internet-Auftritt der VVN-BdA sollte noch besser die Geschichtsarbeit unterstützen. Das beinhaltet die Fortsetzung der Arbeit am „Antifa-Wiki“ und die Einrichtung einer Unterseite, die sich mit Beiträgen, Er-

30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2012 in Nordrhein-Westfalen



28. Januar 2012
Fachhochschule Dortmund – Fachbereich Design

fahrungen unserer Geschichtsarbeit beschäftigt und praktische Hilfestellungen geben kann.

Ein Konzept dazu wird erarbeitet.

Workshop Zugänge zu geschichtlichen Themen

Als inhaltliches Thema für das kommende Jahr wurde vorgeschlagen, einen didaktischen Workshop über Zugänge heutiger Generationen zu geschichtlichen Themen durchzuführen.

Arbeitsschwerpunkte

Projekt „Verbrechen der Wirtschaft“

- ▼ Bundesweite Ausweitung der Aktion über die Verbrechen der Wirtschaft
- ▼ Mahntafeln gegen Rüstungsbetriebe
- ▼ Mahntafeln zu Verbrechen der Wirtschaft komplettieren
- ▼ Lage der Zwangsarbeiter thematisieren

Gedenkstätten

- ▼ Öffentliche Diskussionen über Gedenkstättenkonzeptionen
- ▼ Einwirken auf Gedenkstätten über Fördervereine

- ▼ Protokolle von fehlgeleiteten Führungen veröffentlichen
- ▼ Eigene Führungen in Gedenkstätten
Faltblätter mit korrekten Informationen

Stadt- bzw. örtliche Aktionen

- ▼ Antifaschistische Stadtrundgänge (auch Banken und Konzerne nicht vergessen)
- ▼ Angebot von Führungen auf Gedenkpfaden
- ▼ Straßen(um)benennungen
- ▼ Klären, wo noch Stolpersteine fehlen
- ▼ Antifaschistische Stadtpläne/ Verzeichnis der Gedenkort

Bündnisarbeit (Schulen, Stadtteilfeste, Straßenfeste, Sportveranstaltungen usw.)

- ▼ Button-Maschine einsetzen mit unserem Jugendwiderstandsflyer
- ▼ Czerkus-Lauf o.ä. veranstalten (C. war ermordeter Sportler und Widerstandskämpfer)
- ▼ Fan-Projekt mit Gedenkporträts im Stadion oder ähnliches.
- ▼ Erzählcafés zu 80 Jahre Antifa
- ▼ Schulprojekt mit Material und An-

wesenheit unterstützen

- ▼ Einbeziehung der Antibanken-Proteste in die Erinnerungsarbeit
- ▼ Antimilitaristische Aktionen (Bundeswehr in Schulen usw.)

VVN-interne Geschichtsarbeit

- ▼ Landes-AG für Geschichte schaffen
- ▼ Kontakt zum Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte
- ▼ AG „Kinder des Widerstands“ unterstützen
- ▼ Arbeit mit Archiv des Widerstands an Rhein und Ruhr
- ▼ Archive einrichten und pflegen
- ▼ 65 Jahre VVN begehen

Öffentlichkeitsarbeit

- ▼ Widerstandskurzbiografien erarbeiten und veröffentlichen
- ▼ Antifa-Wiki/Geschichts-Website
- ▼ Dokumentation der Verbrechen der Kriegsendphase
- ▼ Digitalisierung von Publikationen und Dokumenten.



Arbeit in antifaschistischen Bündnissen gegen neofaschistische Attacken

Zum Zeitpunkt des Seminars „Kinder des Widerstandes“ war die Mordserie der Neofaschisten an Polizisten und türkischen und griechischen Menschen noch nicht öffentlich. Insbesondere die Verstrickung des Verfassungsschutzes darin war so noch nicht bekannt. Das Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, wurde auf diese Weise wieder einmal traurig bestätigt.

Die Gewalt ist die Ideologie der Neonazis jeder Couleur. Auch die Neofaschistischen Attacken in Nordrheinwestfalen zeugen davon. Hier eine Auswahl:

Dortmund:

- ▼ *Nazigegnerinnen und -gegner tätlich angegriffen, beziehungsweise ihre Wohnungen, Büros oder Autos beschädigt.*
- ▼ *Das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) wurde sechsten Mal zum Ziel der Neonazis,*
- ▼ *Büro der DKP.*

Aachen, Siegen, Leverkusen, Gütersloh

- ▼ *Weitere Fälle wurden der Abgeordneten aus Aachen, Siegen, Leverkusen, Hamm und Gütersloh bekannt.*
- ▼ *Ein Großteil aller Angriffe richtete sich gegen Einrichtungen der Linkspartei und stadtbekannt Antifaschisten.*

Hamm

- ▼ *In Hamm wurde in das gemeinsame Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Wiefelspütz und des Landtagsabgeordneten Marc Herter (SPD) mit Steinen und einer Farbbombe verwüstet.*

Keine Illusion über die Rolle des Verfassungsschutzes

Besonders die üble Rolle, die die Verfassungsschützer beim Schutz und der Förderung neofaschistischer Strukturen spielen, vertreibt jede Illusion, die sich immer noch viele Menschen über diese Truppe machen.

Der Neonazismus ist nur die sichtbare Spitze der Rechtsentwicklung in ganz Europa. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Gewährlassen der Neonazis durch staatliche Instanzen, der Justiz und dem täglichen Rassismus, der Abschiebep Praxis und der Ausweitung der Kriegseinsätze.

Der überwältigende Teil aller gesellschaftlicher Organisationen und Parteien und große Teile der Bevölkerung lehnen neonazistische Parteien und Organisationen ab. Zehntausende Menschen wenden sich aktiv gegen deren Auftreten. Trotzdem können Neonazis in Nordrheinwestfalen weiter ihren Hass gegen politische Gegnerinnen und Gegner, gegen Menschen anderer Hautfarbe, Nationalität oder Religion auf die Straße

tragen.

Verfassung selbst schützen

Unsere Verfassung zu schützen können wir offensichtlich nicht dem Verfassungsschutz überlassen. Wir müssen das selbst in die Hand nehmen. Die VVN-BdA initiiert und beteiligt sich dabei an Bündnissen gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften. Wo die Grenzen der Bündnispolitik sind, wurde bereits auf dem Gründungskongress der VVN-BdA am 26. Oktober 1946 im Grußwort des damaligen Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen dargelegt:

- ▼ *„In der Ausübung der Toleranz darf und muss nur eine einzige Ausnahme gemacht werden, nämlich die, dass es keine Freiheit gibt für die Mörder der Freiheit. Wir kennen diese und werden alles tun, um sie nicht noch einmal zum Zuge kommen zu lassen.“*

Bündnispolitik der VVN-BdA

Um der faschistischen Gefahr frontal zu begegnen, entwickelt und beteiligt sich die VVN-BdA Nordrheinwestfalen an breitesten Bündnissen. Alle, die die Neofaschisten auf der Straße und in den Institutionen bekämpfen, sind als Bundesgenossinnen und Bundesgenossen willkommen.

- ▼ *Besonders strebt die VVN-BdA Nordrheinwestfalen die intensivere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Migrantinnenorganisationen an.*
- ▼ *Die VVN-BdA Nordrheinwestfalen arbeitet in antimilitaristischen Bündnissen mit.*

Ergebnisse der Arbeitsgruppe: Gesellschaftliche Alternativen aufzeigen

Die VVN-BdA will eine gerechte demokratische Gesellschaft verwirklichen. In einer wirklich demokratischen Gesellschaft setzen sich die Interessen der Mehrheit durch. Immer zum Kernbestand jeder demokratischen Ordnung gehört der Schutz von Minderheiten.

Die Gewalt der Neonazis

Um die Gewalttaten der Neonazis zurück zu drängen, muss ein Klima gegen Gewalt geschaffen werden. Dafür wird der Kampf gegen Geist und Organisation der Neonazis geführt. Ziviler Ungehorsam zum Beispiel Blockadeaktionen gegen Aufmärsche der Neonazis sind dabei ein probates Mittel zur Verteidigung demo-

kratischer Rechte.

Flagge zeigen - Neue Mitglieder gewinnen

Unser Verband und alle anderen demokratischen Kräfte lassen sich nicht einschüchtern. Sie ergreifen Initiative und zeigen Courage. Sie knüpfen Kontakte und vernetzen sich untereinander. Dabei ist es besonders wichtig neue Mitglieder zu gewinnen. Denn im Mitgliederzuwachs drückt sich die gewachsene Stärke der antifaschistischen Kräfte aus.

Bekannt machen

Die neuen Medien, wie zum Beispiel Flashmobs/Facebook/Twitter noch besser nutzen lernen ist eine zentrale Aufgabe. Veranstaltungen der VVN-Kreise sollen landesweit beworben werden.

Die Aneignung unserer Kultur und dabei zuerst die vorhandenen Angebote nutzen, möchten wir weiter ausbauen. Wir entwickeln unsere eigene Kreativität. Darüber hinaus bietet der Landesverband sogenannte Wanderveranstaltungen an. Zu bestimmten Themen werden zentral Veranstaltungskonzepte entwickelt, die anschließend in möglichst vielen VVN-Kreisen angeboten werden.

Chancen nutzen

Wir entwickeln „niederschwellige Angebote“, damit möglichst viele Menschen sich im Zukunftsprojekt Antifaschismus engagieren können. Das können Fahrradtouren, Antifa-Stadtrundgänge, sportliche Ereignisse (Boule-Turnier) sein. Veranstaltungen anlässlich des 8. Mai's runden das Bild ab.

Sich fit machen zum Beispiel in Selbstbehauptungstrainings können eine Ergänzung bilden.

Plan machen

Alles auf einmal zu machen wird nicht funktionieren. Auf das Wesentliche konzentrieren und dabei die „Schrittfolge“ beachten ist angesagt. Jeder VVN-Kreis und der VVN-Landesverband entwickeln einen realistischen Aktionsplan, der sich an den örtlichen Gegebenheiten orientiert.

